

2366/1



ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI
ÖSTERREICHISCHE JUGENDBEWEGUNG
INTERNATIONALE UNION JUNGER CHRISTLICHER DEMOKRATEN

BUNDESFÜHRUNG WIEN I, KÄRNTNER STRASSE 51 / TEL. 52 26 21

ABTEILUNG: kö/wa

WIEN, den 22. November 1962

BRIEFBUCHNUMMER:

El. Regierungsbüro

Herrn
Bundeskanzler
Dr. Alfons G o r b a c h

Ballhausplatz 2
W i e n I.,

Sehr geehrter Herr Kanzler!

Die Bundesführung der Österreichischen Jugendbewegung, Junge Generation in der Volkspartei gestattet sich, Ihnen, hochgeschätzter Herr Bundeskanzler, nachstehend jene Grundsätze zu unterbreiten, die vom Standpunkt der Jungen Generation im Koalitionspakt verankert sein sollten. Angesichts des überwältigenden Erfolges unserer gemeinsamen Bemühungen um die Jungwähler halten wir die Durchsetzung dieser Forderungen der jungen Menschen, die in den von der Österreichischen Jugendbewegung veranstalteten rund 500 Jugendparlamenten im ganzen Bundesgebiet immer wieder an uns herangetragen wurden, für eine verpflichtende Aufgabe.

1. Schaffung eines koalitionsfreien Raumes in allen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich durch den Koalitionspakt festgelegt sind. In der Weise, daß Fragen, die nicht innerhalb eines Jahres nach Einbringen im Koalitionsausschuß einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden konnte, auf Antrag einer der Koalitionspartei im Parlament zur Abstimmung freigegeben werden. Gegen die Propagierung von Volksabstimmungen, wie sie in jüngster Zeit durch ÖVP-Politiker gefordert wurden, haben wir grundsätzliche Bedenken. Durch derartige Volksabstimmungen, an denen sich bekanntlich auch in der Schweiz nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung beteiligt, könnte sich eine gefährliche Trennung über die ideologischen Lager hinweg in Konsumenten und Produzenten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Mieter und Vermieter, usw., ergeben, der einer demagogischen sozialistischen Propaganda Tür und Tor öffnen und uns im Parlament in die unangenehme Rolle des Neinsagers drängen würde. Auch ein qualifiziertes Länderquorum erscheint uns keine ausreichende Sicherung gegen diese Entwicklung.
2. Neuregelung der Kompetenzen im Fernsehen und stärkere Länderbeteiligung durch Kapitalsaufstockung.

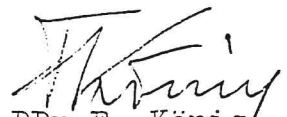
digen Parteigremien zur Kenntnis zu bringen und sich für ihre Durchsetzung einsetzen zu wollen.

Mit besten Grüßen

für die Bundesführung der
Österreichischen Jugendbewegung



Kurt M. Bründl
Bundesobmannstv.



DDR.F. König
Bundesobmann